



This book chapter was originally published as:
Ute Frevert, **Politisch fühlen: Eine Geschichte von Chancen und Risiken** (Seiten 101 bis 109) aus:
Zur Zukunft der Demokratie. 36 Perspektiven, hrsg. von Frank-Walter Steinmeier

© 2022 Wolf Jobst Siedler Verlag, München, in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH

Provided by:

Max Planck Institute for Human Development
Library and Research Information
library@mpib-berlin.mpg.de

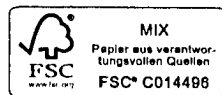
FRANK-WALTER STEINMEIER
(HRSG.)

**ZUR ZUKUNFT
DER DEMOKRATIE**
36 Perspektiven

Siedler

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten,
so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung, da wir uns
diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich auf deren Stand
zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.

Realisiert in Zusammenarbeit und mit Unterstützung der
Bertelsmann Stiftung.
www.bertelsmann-stiftung.de



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

1. Auflage

Copyright © 2022 by Siedler Verlag, München,
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,
Neumarkter Str. 28, 81673 München

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München

Satz: Ditta Ahmadi, Berlin

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany 2022

ISBN 978-3-8275-0161-5

www.siedler.de

INHALT

ZUR ZUKUNFT DER DEMOKRATIE. EINE ERÖFFNUNG

- Frank-Walter Steinmeier** Wir sind eine Republik! Wie wir die Demokratie zu unserer Zukunft machen 11

WELCHE ZUKUNFT HAT DER WESTEN? VON DER HERAUSFORDERUNG UNSERER WERTE

- Heinrich August Winkler** Das unvollendete Projekt. Bemerkungen zur Krise der politischen Kultur des Westens 37
- Susan Neiman** Zu einer universalistischen Zukunft des Westens. Solidarität statt Toleranz 47
- Parag Khanna** Eine glaubhafte Führungsrolle. Von Aufwand und Ertrag der Demokratie 55

GESELLSCHAFT OHNE POLITIK? VON UNSEREM INSTITUTIONENVERSTÄNDNIS IN DER INDIVIDUALISIERUNG

- Christoph Möllers** Ein zugewandtes Leben. Der bedrohliche Rückzug aus der Politik 67
- Donatella della Porta** Innovation gestalten. Das Potenzial sozialer Bewegungen 75
- David Van Reybrouck** Das Präferendum. Ein »Missing Link« zwischen repräsentativer und deliberativer Demokratie 85

POLITIK DER EMOTION? VON RESENTIMENTS UND DEMOKRATISCHER LEIDENSCHAFT

- Ute Frevert** Politisch fühlen. Eine Geschichte von Chancen und Risiken 101

Andreas Hollstein Schule der Demokratie. Plädoyer für eine kommunale Debattenkultur	111
Bernhard Pörksen Wutmüdigkeit. Über die Kunst des konstruktiven Streits	121
Cornelia Koppetsch Von Ressentiments getrieben. Soziale Spaltungen und der Aufstieg des Rechtspopulismus	131

FAKT ODER FAKE? VOM REALITÄTSSINN DER DEMOKRATIE IN DER NEUEN MEDIENÖFFENTLICHKEIT

Michael Butter Eine gute Ausgangsposition. Verschwörungstheorien als Herausforderung für die Demokratie	141
Julia Stein Von den Jüngeren lernen. Die demokratische Verantwortung der Medien	149
Ulf Poschardt Lasst uns streiten. Die notwendige Auseinandersetzung um Fakten	157
Jeff Mason Eine Säule der Demokratie. Von Beharrlichkeit im Journalismus und dem Raunen von Fake News	167

EINE NEUE TRANSATLANTISCHE KOOPERATION? VOM DIGITALEN STRUKTURWANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT

Margrethe Vestager Die digitale Agora. Europäische Weichenstellungen für eine digitale Öffentlichkeit	179
Ben Scott Grenzen für Big Tech. Ein transatlantisches Bündnis in der Digitalpolitik	191
Armin Nassehi Digitale Demokratie. Wie technische Entwicklung den demokratischen Rechtsstaat herausfordert	201

ALLES GLAUBENSACHE? VOM VERHÄLTNIS VON DEMOKRATIE UND RELIGION

Hans Joas Einladen, nicht ausgrenzen. Religion und demokratischer Wertekonsens	211
---	-----

Mouhanad Khorchide Glaube an die Freiheit. Vom Beitrag des Islams für eine freiheitlich-demokratische Grundordnung	221
Evelyn Finger Wie tröstet man die Untröstlichen? Von der Rolle der Kirchen in der Pandemie	231

WAS KANN DIE KUNST? VON DER DEMOKRATISCHEN KRAFT DER LITERATUR

Daniel Kehlmann Was kann Literatur? Ein Streitgespräch	243
Eva Menasse Die rote Linie. Von der Freiheit der Kunst in der demokratischen Gesellschaft	249
Salman Rushdie Pandemie. Eine persönliche Auseinandersetzung mit dem Corona-Virus	257

IMMER BESSER? VOM DEMOKRATISCHEN FORTSCHRITT

Maren Urner Raus aus der Vorstellungskrise. Warum demokratischer Fortschritt im Kopf beginnt	273
Steven Pinker Aufklärung jetzt. Über gleiche Rechte	283
Ian McEwan Eine parallele Tradition. Über Wissenschaftsliteratur	293

CORONA ALS TESTFALL? VON DER PANDEMIE ALS BEWÄHRUNGSPROBE FÜR DIE DEMOKRATIE

Herta Müller Die Zeit ist ein Dorf und die Angst hat das kürzeste Gesicht	305
Rainer Forst Dynamiken des Vertrauens. Demokratie und Solidarität in der Krise	317
Daniel Ziblatt Der wirksame Staat. Was uns die Corona-Pandemie über die Widerstandsfähigkeit von Demokratien sagt	327

WIE GELINGT INKLUSIVE TRANSFORMATION? VON VERÄN-
DERUNG UND ZUSAMMENHALT IN UNSERER DEMOKRATIE

Maja Göpel Lebendige Demokratie. Wie Bürokratie zur Zukunftsmacherin wird	337
Wolfgang Merkel Das Klima und die Demokratie. Von großen Sprüngen und kleinen Schritten	349
Udo Di Fabio Transformation und Demokratie	361

WELCHE ZUKUNFT HAT EUROPA? VON GEFÄHRDUNGEN
UND NEUER KRAFT FÜR DIE EUROPÄISCHE DEMOKRATIE

Daniela Schwarzer Europas demokratische Resilienz. Orien- tierung in einer Welt des Systemwettbewerbs	375
Adam Tooze In der Schiefelage. Finanzpolitik als Heraus- forderung für die europäische Demokratie	385
Ivan Krastev Die Opfer der Älteren. Wie Demografie liberale und illiberale Politik beeinflusst	397
Luuk van Middelaar Die Neuerfindung der Politik. Von der europäischen Depolitisierung zu einer neuen Öffentlichkeit	409
Kurzviten	421
Forum Bellevue zur Zukunft der Demokratie - Veranstaltungsübersicht	428
Rechtenachweise	430

Ute Frevert

Politisch fühlen

Eine Geschichte von Chancen und Risiken

Derzeit ist viel und häufig von einer Emotionalisierung der Politik die Rede. Der rechte Populismus, heißt es, ersetze Argumente durch Gefühle und trage einen neuen, emotional expressiven Ton in politische Debatten und Entscheidungen. Gemeint sind vor allem negativ getönte, destruktive Gefühle wie Hass, Ressentiment, Verachtung und die ihnen folgenden Praktiken sozialer Demütigung und radikaler Exklusion. All das füge der Demokratie Schaden zu und gefährde ihre Zukunft.

An dieser Beobachtung ist manches richtig. Trotzdem möchte ich den Chor der Emotionskritiker nicht vergrößern. Er ist mir zu einstimmig und auch zu voreilig. Stattdessen biete ich sieben Thesen an, die das Verhältnis von Politik und Gefühl historisch kontextualisieren und zeitgenössisch einordnen.

Emotionen in der Politik, so die *erste These*, sind nichts wirklich Neues. Seit der griechischen Antike spielt die Appellation an Gefühle für demokratische Politik eine große, die öffentliche Zustimmung des Demos kanalisierende und fördernde Rolle. Jeder Redner, lesen wir bei Aristoteles, sei gut beraten, in seinen Zuhörern bestimmte Gefühle zu wecken, seien es der Zorn oder Hass auf einen Gegner oder das Mitgefühl mit jemandem, der unter einer schlechten Regierung leidet. Ansätze einer Gefühlspolitik lassen sich später auch im Absolutismus finden, obwohl der eigentlich gar nicht auf die Gunst seiner Untertanen angewiesen war. In dem Maße jedoch, wie Zustimmung und Mitwirkung der Regierten konstitutionell in die Regierungsform eingelassen wurden, standen auch Gefühle dauerhaft und strukturimmanent auf der politischen

Tagesordnung. Schon die Liberalen des frühen 19. Jahrhunderts berichteten von leidenschaftlichen Parteikämpfen, die in den Parlamenten der jungen Verfassungsstaaten ausgefochten wurden. Noch heftiger, agonaler und lauter wurden die Kämpfe, als die bürgerliche Honoratiorenpolitik im Zeichen des allgemeinen Männerwahlrechts an Bedeutung verlor. Das lässt sich bereits im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert beobachten, vor allem aber während der Weimarer Republik. Die scharfe politische Polarisierung trug Leidenschaften auf die Straße, wo sie nicht selten gewaltsame Formen annahm. Aber auch totalitäre Regime mobilisierten Gefühle – positive, wie die Liebe zu Volk und Vaterland und das Vertrauen in »Väterchen Stalin«, ebenso wie negative: Hass gegen vermeintliche Verräter und Volksfeinde, Ekel gegen sogenannte Parasiten und Volksschädlinge. Sogar die frühe Bundesrepublik, die sich, in Absetzung vom Nationalsozialismus, gern als nüchtern und emotionsfrei verstand, praktizierte Formen emotionaler Ansprache und schürte Furcht vor dem Kommunismus.

Die Emotionalisierung der Politik hat also eine lange Tradition. Ihre Aufgabe, so die *zweite These*, besteht darin, Bürger an eine Partei oder eine Regierung zu binden beziehungsweise gegen sie in Stellung zu bringen. Solche Positionierungen lassen sich durch den Appell an kognitiv abrufbare Interessen nur bedingt erreichen. Gefühle wurzeln tiefer, verknüpfen sich mit individuellen Erfahrungen, Lebenserzählungen und Sehnsüchten. Sie sind zudem schneller erregbar, was sie manipulationsanfällig macht. Zugleich fällt es schwer, sie dauerhaft zu stabilisieren oder für längere Zeit auf einem hohen Agitationsniveau zu halten. Ressentiment kann als »heimlicher Groll« lange vor sich hin köcheln. Lautstarke Empörung dagegen ist an kürzere Zeitrhythmen gebunden, erschöpft sich an sich selber. Wer Gefühle als Mittel politischer Bindung nutzen und instrumentalisieren will, muss sich dieser Rhythmisierung bewusst sein. Er oder sie weiß auch, dass hochgeputzte Gefühle, vor allem negative, kompromiss- und verständigungs-

berite Kommunikation verhindern. Eben das unterscheidet die Weimarer Republik bislang von der Bundesrepublik: Während die Weimarer Parteien noch keine Erfahrung mit demokratischen Verfahren hatten und ihre Lust auf Kompromisse entsprechend gering ausgeprägt war, hatten die bundesdeutschen Parteien genug Zeit, Demokratie aktiv zu lernen. Damit verbunden war eine emotionale Abrüstung, die das agonale Freund-Feind-Denken schrittweise aus der Politik verbannte – allerdings nie in toto, wie man etwa bei den Debatten über die Ostverträge merkte.

Die meisten Beispiele, die bislang für eine Emotionalisierung der Politik angeführt wurden, lassen sich, *These Nummer drei*, einem Top-down-Muster zuordnen. Politische Akteure – der attische Redner, der absolutistische Fürst, sozialistische Volkstribune wie Ferdinand Lassalle und August Bebel bis zu faschistischen »Führern« wie Adolf Hitler und Benito Mussolini – verhalten sich gegenüber ihren Zuhörern, Anhängern oder Wählern wie Gefühlsmanager. Sie rufen Emotionen auf und lenken sie auf bestimmte Themen, Personen oder Gruppen. Hitlers Konzept »politischer Reklame« als Kunst emotionaler Beeinflussung und Überzeugung richtete sich bewusst und gezielt »an die Masse« und deren »gefühlsmäßige Empfindung«. Große Versammlungen, effektiv organisiert, sollten bei den Teilnehmenden einen »suggestiven Rausch« erzeugen und sie »zum Glied einer Gemeinschaft« machen. Nach 1945 fanden solche inszenierten Vergemeinschaftungen wenn überhaupt, dann nur noch im Osten des Landes statt. Ob sie dort tatsächlich rauschhafte Begeisterung weckten, bleibt fraglich. Aber noch im Oktober 1989 marschierten über hunderttausend fackeltragende FDJ-Mitglieder zum 40. Jahrestag der DDR auf und spürten, so ein junger Reporter der *Berliner Zeitung*, »Gänsehaut und Verpflichtung« beim Singen der Internationale. Die Bundesrepublik hatte für politische Gemeinschaftsgefühle mit »Fahnenwäldern, Trommelwirbeln und Hochrufen« keine Verwendung. Emotionalisierte Großveranstaltungen wanderten hier aus der

Politik aus und in die Unterhaltungsbranche ein, Stichwort Fußballspiele und Popkonzerte. Selbst ein charismatischer Politiker wie Willy Brandt, dem in den 1960er Jahren viele Herzen zuflogen, hielt bei öffentlichen Auftritten das »Jubelbedürfnis« seiner Anhänger in Schach und baute, wie Journalisten beobachteten, »Dämme gegen den Enthusiasmus«.

Diese Beobachtung über Jubelbedürfnisse und ihre Dämme führt zur vierten These. Sie lautet: Politische Emotionen werden nicht nur top-down generiert, durch Propaganda mit oder ohne Massensuggestion. Vielfach sind sie bottom-up getrieben. Anstatt bloß auf emotionale Anreize von oben zu reagieren, pflegt das demokratische Wahlvolk durchaus eigene Gefühle. Seit Bürger und Bürgerinnen darum kämpfen, an politischer Kommunikation und Entscheidung beteiligt zu werden, entdecken und erproben sie sich als politisch denkende und fühlende Wesen. Je mehr sie gewahr werden, dass und wie Politik ihr Leben und dessen Rahmenbedingungen prägt, desto engagierter bringen sie ihre Wünsche und Anliegen zur Sprache. Politik – als öffentliche Auseinandersetzung darüber, wie Menschen ihr Zusammenleben gestalten und regeln wollen – kann damit per definitionem nicht emotionsfrei sein. Das zeigt sich besonders dann, wenn moralische Postulate verhandelt werden. Freiheit, Menschenwürde, Gerechtigkeit, Solidarität, Rechtsgleichheit und Gleichberechtigung der Geschlechter: Solche für liberale Demokratien maßgeblichen Werte sind gefühlsmäßig stark besetzt. Was Werte von Normen unterscheidet, sind hohe emotionale Intensität und freiwillige Bindung. Wird ein Wert verletzt, reagiert man empört und verteidigt ihn mit Leidenschaft. Wertbasierte Politik lädt also geradewegs dazu ein, Gefühle zu haben und zu äußern. Das lässt sich in der frühen Arbeiterbewegung ebenso nachzeichnen wie in den sozialen Bewegungen der 1980er Jahre: dem Feminismus, der Ökologiebewegung, der Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung. Das damals populäre Konzept der »Basisdemokratie« war mit Gefühlen nicht nur kompatibel,

sondern nobilitierte sie ausdrücklich als Motiv, sich politisch zu engagieren. Als besonders mobilisierungsfähig und als legitime Quelle politischen Engagements erwies sich das Gefühl der Angst. Menschen bekannten sich zu ihrer Angst, schämten sich ihrer nicht und ließen sich auch nicht als Angsthasen verspotten. Sie akzeptierten Angst als eine positiv gestaltende Kraft, die zu Widerstand und Protest ermunterte, erwarteten Antworten auf ihre Angstgefühle und setzten das politische System damit unter Zugzwang. Als 1981 auf dem Hamburger Kirchentag ein Schüler zum damaligen Bundeskanzler sagte: »Ihre Politik macht mir Angst«, verschlug es Helmut Schmidt die Sprache.

Dass Gefühle im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts basisdemokratisch politisiert und politikfähig wurden, hat – *These Nummer fünf* – verschiedene Gründe. Einer davon ist die Aufwertung, die Gefühle in der »therapeutischen Ära« erlebten. Der Boom des Therapiemarktes reichte weit in die bürgerliche Mitte der Gesellschaft hinein. Die Botschaft war immer die gleiche: Vertraue deinen Gefühlen, höre auf sie. Gefühle galten als unverfälscht und nicht korrumpierbar; sie entstünden, hieß es, spontan und anarchisch, ließen sich nicht an die Kandare nehmen und seien deshalb verlässliche Marker unserer wahren Bedürfnisse und Befindlichkeiten. Das ist selbstverständlich ein Mythos. Aber es war und ist ein einflussreicher Mythos, der der Nobilitierung der Emotionen in der Politik Vorschub leistete. Ein weiterer Grund liegt in dem etwa zeitgleichen Zerfall parteilich oder konfessionell gebundener sozialmoralischer Milieus. Tradierte politische Zuordnungen entlang einer ideologisch polarisierten Klassenlinie verloren ihre Basis und Evidenz, und die neuen sozialen Bewegungen waren damit nicht mehr zu greifen. Atommüll, Aufrüstung, Waldsterben, Umweltverschmutzung, Frauendiskriminierung betrafen alle. Aus dieser Erfahrung entstand ein breites Bewusstsein bürgerschaftlicher Verantwortung und Zuständigkeit, das sich im Begriff der Bürger- oder Zivilgesellschaft niederschlug. Darin ging es um

ownership und empowerment, um Selbstaktivierung und Selbstwirksamkeit. Die Parteiendemokratie galt vielen als abgehoben und auf taktische Machtspiele konzentriert, wohingegen sich Menschen für das einsetzen wollten, von dem sie sich persönlich und vor Ort »betroffen« fühlten. Mit im Betroffenheitsboot segelten starke Gefühle: Empathie und teilnehmende Sorge, Achtsamkeit, Respekt und Vertrauen. Letztgenanntes wechselte vom vertikalen Führervertrauen zum horizontalen, wechselseitigen Bürgervertrauen und wurde damit zum demokratischen Gefühl par excellence. Bei der ideologiefernen Neuordnung des politischen Feldes, wie sie seit den 1970er Jahren stattfand, spielten solche demokratietauglichen Gefühle eine tragende und konstitutive Rolle.

Herausgefordert, so die *sechste These*, sah sich die wohltemperierte Gefühlspolitik der liberaldemokratischen Bürgergesellschaft zunächst nur von randständigen radikalen Gruppen. Dazu gehören militante Linksextreme und Autonome, die ihre »Wut« gegen kapitalistische Ausbeutung ebenso gewaltsam wie medienwirksam in Szene setzen. Besonders eindrücklich taten sie das bei ihrem »Welcome to Hell«-Auftritt 2017 anlässlich des Hamburger G20-Gipfels. Auch die wiederholten Brandanschläge auf Autos in manchen Berliner Bezirken gehen auf das Konto dieser Wütenden. Demgegenüber fordern Rechtsextreme im Internet dazu auf, bei linken und liberalen »Volksverrätern die Wut rauszulassen«, und schrecken vor Mord nicht zurück. Angriffe auf Migranten und Flüchtlingsheime sollen ausdrücken, was »Menschen mit Ängsten und Sorgen« vorgeblich empfinden. Wird auf »Ängste und Sorgen« seitens der »Systemparteien« nicht angemessen geantwortet, verwandeln sich diese Gefühle in handgreifliches Ressentiment gegen »die Eliten«, die »das Volk« nicht verstehen (wollen). Dafür steht – pars pro toto – der 2015 auf einer Dresdner Pegida-Demonstration mitgeführte und für Angela Merkel und Sigmar Gabriel bestimmte Galgen. Solche widerwärtigen Erscheinungen können eine funktionierende Demokratie nicht ernsthaft beschädigen, solange sie

sich am Rande der Gesellschaft bewegen. Problematisch wird es, wenn sie vom Rand in die Mitte rücken. Eben das war in den letzten fünf Jahren zu beobachten und eng mit dem Aufstieg der AfD verknüpft. Diese vor allem in Ostdeutschland erfolgreiche Partei ordnet zwar, anders als die NSDAP am 9. November 1938, den »Volkszorn« nicht an. Aber sie deckt, billigt und legitimiert ihn, so dass er sich zunehmend ungenierter gebärden kann. Zu den beliebtesten Rechtfertigungsstrategien gehört das Opfer-Narrativ, das auch in anderen Kreisen hohe Wertschätzung genießt. Regelmäßig inszenieren sich rechtsextreme Parteigänger und »Identitäre« als Opfer ihrer Hassobjekte. Wer sich von globalen Jetsettern, arroganten Besserwissis, selbstbewussten Frauen in Medien und Politik gering geschätzt, verachtet, gedemütigt fühlt, sieht sich befugt, selber zu demütigen. Als ehrenwerte Widerstandskämpfer gegen einen angeblich totalitären linksliberalen Mainstream spielen sich mittlerweile sogar männliche Leser bürgerlicher Qualitätszeitungen auf, wenn sie missliebige Positionen in misogynen Fäkalsprache kommentieren.

Wie lässt sich, letzter Punkt, diese Lust an zerstörerischen Gefühlen in der politischen Kommunikation einhegen? Zunächst ist daran zu erinnern, dass sich die weitaus meisten Bundesbürger und -bürgerinnen von solchen Gefühlen und Praktiken fernhalten. Viele setzen klare Zeichen und Grenzen, wenn sie gegen Hass und Gewalt auf die Straße gehen. Ob ein »linker Populismus«, wie ihn die französische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe empfahl, ein effektives und akzeptables Rezept gegen die rechte Gefühlsoffensive wäre, ist fraglich. Mouffe – und zeitweise auch Mitglieder der deutschen Linkspartei – wollten den »populistischen Moment« von links einfangen und »Affekte in Verteidigung von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit« mobilisieren. Das klingt schön, hat aber, wie man in Frankreich sieht, seine Tücken. Denn wer den Teufel mit dem Beelzebub austreiben will, bemüht die gleichen emotional überdrehten, in Freund-Feind-Bildern schwelgenden

Vereinfachungs- und Zuspitzungsstrategien. Die Verliererin eines solchen Wettstreits steht dabei von vornherein fest: die liberale Demokratie. Sie ist auf klare Positionierungen ebenso wie auf Verständigungswillen angewiesen, respektiert Meinungspluralität und vereinigt Mehrheitsentscheidungen mit Minderheitenschutz. Ihr Problem ist, dass die Ergebnisse eines derart offenen kommunikativen Projekts kaum jemanden wirklich zufriedenstellen. Kritik und Enttäuschungen sind vor- und einprogrammiert. Umso wichtiger ist es deshalb, die Verfahren der Demokratie so transparent und lebendig, so inklusiv und partizipativ wie möglich zu gestalten. Gerade weil die politischen Karten immer wieder neu gemischt werden und Mehrheiten wechseln, müssen politische Akteure auf allen Ebenen – wie der Soziologe und liberale Demokrat Max Weber vor einem Jahrhundert formulierte – mit »leidenschaftlicher Hingabe« um die mehrheitsfähige Position streiten und kämpfen.

Ihre »heiße Leidenschaft« aber ist, *siebte These*, zivilgesellschaftlich einzubetten. Demokratie bedeutet, das Gegenüber nicht als Feind anzusehen, sondern als Gegner. Feinden begegnet man mit Hass und Vernichtungswillen, Gegner wollen respektiert und gehört werden. Um sie zu überzeugen, braucht es wechselseitiges Vertrauen, das im Gespräch miteinander gebildet und stabilisiert wird. Solche Gespräche sind nicht einfach. Sie verlangen allen Teilnehmenden viel ab: Offenheit, Langmut, Verständnis, Menschenfreundlichkeit und den Verzicht auf Selbstgerechtigkeit und Allwissenheit. Bevor man selber redet, muss man zunächst einmal zuhören – in der Familie, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Sportverein, im Kirchenchor und nicht zuletzt in den repräsentativ zusammengesetzten Bürgerräten, wie sie als neues Gefäß demokratischer Deliberation derzeit erprobt werden. Ängste und Sorgen lassen sich nicht durch Stereotype und Feindbilder bannen, sondern durch Begegnungen und Auseinandersetzungen auf Augenhöhe mit dem, wovor man sich fürchtet. Dabei kann und soll es

durchaus leidenschaftlich zugehen, denn Leidenschaft bürgt für den Wert dessen, worüber gestritten wird. Auch rote Linien sind wichtig, denn nicht alles ist verhandelbar. Zu eng dürfen die Grenzen des Fühl- und Sagbaren jedoch nicht gezogen werden, und der moralische Hochsitz sollte leer bleiben. Statt identitätspolitische Empfindlichkeiten zu pflegen und sich in festen Stellungen zu vergraben, wäre es sinnvoller, über biografische Erfahrungen zu sprechen, die uns »am Herzen« liegen und unsere Einstellungen begründen. Denn es sind gerade persönliche, gefühlsaffine Erzählungen, die Distanz in Nähe, Misstrauen in Vertrauen verwandeln können – und der Demokratie damit eine Zukunft geben.